Markt Murnau
a. Staffelsee
04. Feb. 2015
Beil. ..... Euro

Europäisches Parlament
Abgeordnete
Ulrike Müller
Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft
und ländliche Entwicklung

Ulrike Müller, MdEP · Frühlingsstr. 3 · DE-87439 Kempten

Markt Murnau a. Staffelsee
Erster Bürgermeister
Rolf Beuting
Untermarkt 13
82418 Murnau a. Staffelsee

I/1
Opp

European Parliament
60, rue Wiertz, ASP 9G351
B-1047 Brussels

Tel.: +32 2 28/4 58 43
Fax: +32 2 28/4 98 43
email: ulrike.mueller
@europarl.europa.eu

Bürgerbüro Kempten
Frühlingsstr. 3
DE-87439 Kempten

Tel.: +49 8 31/69 72 87 30
Fax: +49 8 31/69 72 87 31
email: presse.kempten
@fw-europa.com

Kempten, 2015-02-03

Ihr Brief zu den Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Beuting,

herzlichen Dank für Ihren Brief zu den Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA. Ihre Bedenken, dass durch die geplanten Abkommen Standards im Verbraucherschutz in Gefahr geraten können, sind nicht unbegründet. Mit Schreiben vom 19.01.15 habe ich Herrn Landrat Anton Speer folgende Antwort zu seiner Information über die Abstimmung zum Freihandelsabkommen im Kreistag zukommen lassen, die ich Ihnen sehr gerne ebenfalls übersende:

Ich begrüße die Entschließung sehr, denn ich bin der Überzeugung, dass es Aufgabe jeder politischen Ebene von der Kommune bis nach Europa ist, sich zu allen politischen Themen zu äußern und Position zu beziehen, die auf einen selbst Auswirkungen haben. Bei TTIP ist dies, wie der Kreistag treffend ausführt, der Fall. Wir stehen heute auch schon vor dem fertig verhandelten europäisch-kanadischen Abkommen CETA, über das ich planmäßig noch in diesem Jahr im Europaparlament abstimmen werde.

Auch dieses folgt der Logik des Negativlisten-Ansatzes, so dass damit aus meiner Sicht in gleicher Weise kein ausreichender Schutz für die kommunale Daseinsvorsorge gewährleistet ist. Ebenso soll hier mit dem Investitionsschutzkapitel eine Schiedsgerichtsbarkeit für Staat-Investor-Streitigkeiten eingeführt werden. Auch wenn viele Vorbehalte mit Blick auf Standardsenkungen, insbesondere was Gen- und Hormonnahrung angeht, ausgeräumt werden konnten, müssen wir immer noch davon ausgehen, dass durch die angedachte regulatorische Kooperation nach Inkrafttreten von CETA nachträglich viele Spielräume für Standardsenkungen bestehen bleiben. Während es bei CETA bis zuletzt keine Transparenz gab und wir sogar bis heute auf eine deutsche Übersetzung der Vertragstexte mit dem exakten Wortlaut warten, unternimmt immerhin die neue EU-Kommission den Versuch, die Transparenz weiter zu verbessern. Allerdings erfolgt dies bei Weitem noch nicht vollständig und sicherlich sehr einseitig, um die eigene Verhandlungsposition zu stützen und nicht zu schwächen.

Dass überhaupt Bewegung in die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten kam, ist sicherlich einzig dem gewaltigen öffentlichen Druck in mehreren Mitgliedstaaten zu verdanken. Waren es zu Beginn zivilgesellschaftliche Gruppen, so hat es gebraucht, bis die Politik die Dimensionen von TTIP tatsächlich erkannt hat. Wir als FREIE WÄHLER haben in der Landtagsfraktion im Herbst 2013 dieses Thema im Bayerischen Landtag als erstes aufgegriffen. Im Rahmen der Wahl des bayerischen Ministerpräsidenten haben wir damals schon in der Aussprache die Befürchtungen und Ängste, die mit TTIP verbunden waren, Horst Seehofer mit auf den Weg in die neue Amtszeit gegeben. Wir haben von ihm – nach heutiger Sicht vergeblich – eine Verteidigung der Interessen der Bürger und Kommunen gefordert.

Umso wichtiger ist es, dass der öffentliche Druck von Seiten der Zivilgesellschaft, aber auch von Seiten aller politischen Ebenen, wie dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen, aufrechterhalten und sogar verstärkt wird. Nur eine große kritische Öffentlichkeit sorgt für die notwendigen Warnhinweise, die die Verhandlungsführer, die europäischen Regierungen und die politischen Entscheider, die am Ende dafür die Hand heben, zum Einlenken bringen können.

Heute sitze ich in letzterer Rolle für die FREIEN WÄHLER im Europaparlament und verstehe mich auch dort als Anwalt der Kommunen und der Bürger vor Ort. Die Gemeinde Murnau und der Landkreis kann sich auf meine Unterstützung des Anliegens verlassen. Auch wenn wir den Freihandel als Exportnation mit unserer starken dezentralen und mittelständischen Wirtschaftsstruktur brauchen, so gibt es doch für mich zu viele entscheidende Gründe, das Abkommen in der derzeit geplanten Form abzulehnen. Ich sehe nicht, dass an der großen Konzeption des Abkommens irgendetwas geändert wird, weder der Negativlisten-Ansatz, noch die regulatorische Kooperation, noch der Investitionsschutz.

Mit dem fortbestehenden umfassenden Verhandlungsmandat gefährden die europäischen Regierungen hingegen in unverantwortlicher Weise die vielen kleinen unstrittigen Vertragsinhalte, wie zum Beispiel die Einigung auf einheitliche Zertifizierungsverfahren auf beiden Seiten des Atlantiks. Ich persönlich bin der Auffassung, dass wir für deren Rettung schnellstmöglich zur Diskussion über ein schlankes Abkommen übergehen müssen, ehe die meines Erachtens notwendige Ablehnung von TTIP die Entwicklung unserer europäisch-amerikanischen Handelsbeziehungen zurückwirft.

Um die Bürger möglichst umfangreich über das derzeit in Verhandlung stehende Freihandelsabkommen TTIP aufzuklären, bin ich seit Monaten deutschlandweit mit Informationsveranstaltungen präsent – auch, um die neuesten Entwicklungen in Brüssel aus erster Hand weiterzugeben.

Ich würde mich freuen, wenn Sie dieses Schreiben allen Mitgliedern des Gemeinderates Murnau zugänglich machen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Müller, MdEP